

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 8 66 848 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Rudolf Dreßler MdB zur Lage der Bonner Koalition nach den jüngsten Ankündigungen durch des Bundesfinanzministers: Eine Gefährdung des sozialen Frieden.

Seite 1

Prof. Dr. Ingomar Hauchler MdB zum Umgang mit der Flüchtlings- und Asylproblematik: Der Norden muß sich ändern und den Süden wirksam helfen.

Seite 3

Fritz Heine zum 90. Geburtstag von Rudi Leeb: Ein Leben an der Seite der SPD.

Seite 5

47. Jahrgang / 87

7. Mai 1992

Ein Gefährdung des sozialen Frieden

Zur Lage der Bonner Koalition nach den jüngsten finanzwirtschaftlichen Ankündigungen des Herrn Waigel

Von Rudolf Dreßler MdB
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)
SPD-Präsidiumsmitglied

Der Spruch der vergangenen Tage lautet: "Dieses Bündnis ist verrottet bis ins Mark". Der Spruch stand am 4. Mai in der angesehenen "Süddeutschen Zeitung", verfaßt ist er von einem renommierten, langjährigen und urteilsfähigen Parlamentskorrespondenten dieser Zeitung und gemünzt auf die in Bonn regierende Koalition.

Diese Meinung ist keine publizistische Verstiegenheit. Sie ist Ergebnis einer Entwicklung seit dem Bundestagswahlkampf 1990 und den mit der Wahl am 2. Dezember verbundenen Lügen aus dem Regierungslager, es werde zur Finanzierung der Einheit keine Steuererhöhungen geben, die Westbürger bräuchten sich nicht einzuschränken und den Bürgerinnen und Bürgern im Osten werde es nicht schlechter gehen als vor der staatlichen Einheit.

Das jüngste Beispiel für den Zustand der Koalition wurde prompt in den Stunden nach der Präsentation von finanzwirtschaftlichen Absichten durch Finanzminister Waigel geliefert. Am Nachmittag des 5. Mai akzeptiert die FDP-Bundestagsfraktion die Mischung aus Dichtung und Wahrheit durch den Finanzminister ohne Gegenstimme. Am 6. Mai, morgens um 7.25 Uhr, moldot sich die FDP-Vorsitzende Otto Graf Lambsdorff im Deutschlandfunk zu Wort. Er zweifelt in diesem Sender an den gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen der Waigelschen Aussagen und stellt auf diese Weise das Gesamtwerk in Frage. Außerdem bemängelt er - zu recht übrigens - daß Waigel Risiken für die Bundeshaushalte ausgelassen habe.

Die Zerrüttung der Koalition wurde demnach am 5. Mai nicht aufgehoben, sondern dreht sich in eine neue Spirale hinein. Schlimmer noch als das intrigante Spiel mit Interview und Presserklärung ist, daß in den Koalitionsfraktionen Einstellungen vorherrschen, nach denen vom Bündnispartner fast nur noch Negatives erwartet wird. Es ist ein Stück self fulfilling prophecy. Die Art des Bundeskanzler, Mißtrauen und Zwietschach aus Gründen der Machtbalance zu sähen, tut ein übriges. Der Opposition bleibt solches Selbstverständnis nicht verborgen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vertragsgemäß
aus dem Druck
aus dem Druck



Die Koalition hat zwar eine unverändert satte Mehrheit im Bundestag; sie hat eine fabelhafte rechnerische Mehrheit für die parlamentarische Arbeit. Sie kann diese Mehrheit aber nur noch eingeschränkt in Lösungen für Probleme umsetzen, wie das koalitionsinterne Drama um die Absicherung von Pflege im Alter belegt, und wie der weitergehende Streit um Haushalt und Finanzen zeigen wird.

Weder Bundeskanzler noch Minister, noch führende Koalitionäre in den Fraktionen sind in der Lage, kraft Autorität, durch Führungskraft oder Vermittlungsfähigkeit koalitionsinterne Fronten aufzubrechen und zu überwinden. Es ist in diesem Zusammenhang schon außerordentlich erstaunlich, welche geringe Rolle die Koalitionsvereinbarung vom 16. Januar 1991 zwischen CDU, CSU und FDP spielt. Regierung und Koalition schieben einen ganzen Berg ungelöster und nicht eingelöster Selbstverpflichtungen aus der Koalitionsvereinbarung vor sich her. Was davon hat Bestand, was ist zu verwerfen, was wird verschoben - die Öffentlichkeit hat ein Recht auf Klarheit in diesen Fragen. Oder gilt, daß die gesamte Koalitionsvereinbarung unter Finanzierungsvorbehalt steht? Dann hätte sich die Geschäftsgrundlage dieser Koalition grundlegend geändert, dann müßten von der Koalition selber Konsequenzen gezogen werden. Verwunderlich ist jedenfalls nicht, daß dieser Zustand in den gegenseitigen Vorwurf von Koalitionären eskalierte, Vorbereitungen zum Verlassen der Koalition zu treffen. Mal noch Graf Lambsdorff eine große Koalition, dann lag sie für Waigel in der Luft.

Das sind typische Merkmale einer Regierungskrise. Die parlamentarische Seite einer derartigen Krise wird durch Selbstblockaden und immer größeren Kraftaufwand zur Regelung strittiger Fragen charakterisiert; die politische und menschliche Seite dieser Krise ist die Zerrüttung des Koalitionsverhältnisses. Zwei Seiten einer Medaille. Die Erfahrungen aus der sozial-liberalen Koalition bis September 1982 sprechen übrigens gegen den Optimismus, daß die Bündnispartner jene Kraft aufbringen, sich politisch sowie zu einem vertrauensgeprägten Abstimmungsverfahren und zum respektierten Umgang mit einander regenerieren zu können.

Wegen der parlamentarischen, der satten Mehrheit der Koalition können nur die Bündnispartner selber einen Weg aus der Regierungskrise finden. Solange die Krise andauert, müssen die Menschen den Preis für die Regierungskrise zahlen. Denn Aufgaben wie eine grundlegende Strukturreform des Gesundheitswesens werden nicht angepackt. Probleme beim Aufbau im Osten können nicht bewältigt werden; schlimmer noch, die Kosten für eine hemmungslose Politik auf Pump durch einen Finanzminister, dessen Fähigkeiten für seinen derzeitigen Job mehr und mehr bezweifelt werden müssen, werden bis in die nächsten Generationen hinein verschleppt.

Die Pflicht zur Initiative, um aus dieser Lage herauszukommen, besteht auf Seiten des Bundeskanzlers und der Parteikonstellation, die seine Politik tragen soll. Denn glasklar ist immer noch: Die Wählerinnen und Wähler haben am 2. Dezember 1990 die Christdemokraten, die Christlich Sozialen und die Freien Demokraten mit der Regierungsbildung betraut, die Sozialdemokraten hingegen auf die Oppositionsbänke verwiesen. Forderungen und Aufe nach einer Koalition, die auch die Sozialdemokraten umfaßt, sind daher deplaziert und nicht im Einklang mit dem Wählerwillen.

Es ist bitter: Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß eine festgefahrene, miserabel arbeitende Regierung die Bundesrepublik Deutschland in schwieriger Zeit managen soll. Freilich ist nicht auszuschließen, daß der Kanzler sich bewegen muß, wenn den Bürgerinnen und Bürgern mehr als dämmert, was diese Regierung aufs Spiel setzt: Den sozialen Frieden und damit den wichtigsten und kostbarsten Produktionsfaktor in Deutschland. Wer Tarifrunden so anheizt wie Mitglieder der Bundesregierung unter Duldung des Kanzlers, wer den Haushalt fast ausschließlich über Mittelkürzungen bei den Arbeitslosen sanieren will, wer eine Steuer- und Abgabepolitik betreibt, die neue Verteilungskämpfe heraufbeschwört, der zerstört den sozialen Frieden. Und den werden sich die Menschen auch von einem Kanzler Kohl nicht kaputtmachen lassen.

(-/7. Mai 1992/rs/fr)

Der Norden muß sich ändern und dem Süden wirksam helfen
Zum Umgang mit der Flüchtlings- und Asylproblematik

Von Prof. Dr. Ingomar Hauchler MdB
Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Wer in seinem Land verfolgt wird und vor Gewalt und Krieg flieht, muß in Deutschland Asyl finden oder so lange bleiben können, bis er ohne Gefahr in seine Heimat zurückkehren kann. Wer dies den Menschen, die vor Tyrannen und vor Kriegen bei uns Schutz suchen, verweigert, wirt die humanitären und christlichen Werte, auf denen unsere Gesellschaft einmal aufgebaut wurde, vollends über Bord.

Wir können aber nicht alle Menschen der Welt bei uns aufnehmen, denen es wirtschaftlich schlechter geht als uns oder alle, die auf dieser Erde in absoluter Armut leben. Wir würden uns aus ökonomischen und sozialen Gründen übernehmen und am Ende auch das politische Asylrecht gefährden.

Um was es im Kern also geht, ist, wie wir gleichzeitig vor Verfolgung und Gewalt Schutz gewähren und die Zuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen wirksam begrenzen können.

Die Zahl derer, die aus wirtschaftlichen Gründen aus dem Ausland zu uns gekommen sind, übersteigt bei weitem jene, die politisch verfolgt sind oder aus Kriegsgebieten fliehen. Und der Druck wird stärker werden. Denn die Bevölkerung der Welt, die in absolutem Elend lebt oder stirbt, wächst rapide und die Kluft zwischen den reichen und armen Ländern wächst. Dies gilt schon lange für die sogenannte Dritte Welt. Dazu kommt nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems die wirtschaftliche und soziale Katastrophe in Osteuropa und in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion.

Zu verschärfter sozialer Not kommt die wachsende ökologische Bedrohung gerade in weniger entwickelten Staaten des Südens und Ostens; die Flut in Bangladesch, die Verseuchung in den Slums von Karachi, Lima und Lagos, die Erosion von Ackerland im Niger und die Vernichtung des Regenwaldes in Borneo und Amazonien, die Opfer von Tschernobyl.

Wenn es aber stimmt, daß die wirtschaftlichen Gründe unter den Fluchtursachen auf Dauer am schwersten ins Gewicht fallen, und wenn es wahr ist, daß die heutige Sorge darüber nur wie die kühle Brise ist, die dem eigentlichen Sturm warnend vorausgeht, so müssen alle Illusionen begraben werden, daß das Problem allein durch innere Abschottung, Abschreckung und Ausweisung gelöst werden könnte.

Defensive Maßnahmen, soweit sie das Grundrecht auf Asyl nicht verletzen, können höchstens - und auch das nur ungenügend - die Symptome kurieren. Die eigentliche Krankheit unserer globalen Entwicklung - der Teufelskreis von Armut, Bevölkerungswachstum, Gewalt und Umweltzerstörung - können sie nicht heilen. Es müssen endlich die Ursachen bekämpft werden, die immer mehr Menschen dazu bringen, den Marsch nach Norden und Westen anzutreten.

Welches sind diese Ursachen? Neben den bereits genannten materiellen Ursachen, bedingt durch Armut, Gewalt und Umweltzerstörung, die die Menschen in den Ländern des Südens und Ostens veranlassen, ihre Heimat zu verlassen, gibt es auch immaterielle Gründe, die den Wanderungsdruck auslösen: die wachsende Entwurzelung und Entfremdung vieler Menschen der Dritten Welt durch die Zerstörung ihrer Kultur und ihres sozialen Umfeldes, die Erschütterung des Vertrauens in die eigenen Werte und Fähigkeiten, der Niedergang der Familie und der Subsistenzwirtschaft, den zwei Pfeilern des traditionellen sozialen Sicherungssystems in der Dritten Welt.

Zu dem objektiven Druck, der immer mehr Menschen veranlaßt und manche förmlich zwingt, ihrem Land den Rücken zu kehren, kommt verstärkend hinzu, daß der Norden auf den Süden und Osten eine immer stärkere subjektive Sogwirkung ausübt. Die Bilder von Reichtum und

Luxus von gutem Leben, erfolgreicher Arbeit, bequemen Wohnen und glücklicher Freizeit, die vom Norden aus in alle Häuser der Welt und viele Hütten des Südens hineinflimmern, tun tagtäglich ihre Wirkung. Die Signale des Nordens senden eine frohe Botschaft, die die Wirklichkeit verzerrt. Die Menschen im Süden und Osten, die daraus Hoffnung auf ein besseres Leben im Norden schöpfen, dabei aber gleichzeitig in Resignation über die eigene Lage verfallen, wissen ja meistens nicht, daß hinter der Fassade von Dallas, Denver und Dunhill-Reklame auch in den USA, Europa und Deutschland immer mehr Menschen von Armut bedroht sind, auf der Straße stehen, keine bezahlbaren Wohnungen mehr finden - und daß soziale Spannungen und Ausländerhaß gefährlich wachsen.

Wenn wir den Ursachen der wachsenden Armut in der Welt wirklich begegnen wollen, müssen wir zum einen jene Kräfte in der Dritten und der Zweiten Welt stärken, die im eigenen Lande gegen Verelendung, Umweltzerstörung, Bevölkerungsexplosion, soziale Entwurzelung und geistige Entfremdung kämpfen. Deshalb müssen Menschenrechte, Demokratie und Rechtssicherheit, politische gesellschaftliche und ökonomische Reformen, aber auch der Abbau krasser Einkommensunterschiede und die Abrüstung zu zentralen Prüfsteinen der Entwicklungszusammenarbeit gemacht werden.

Leider handeln die westlichen Industrieländer aber anders. Und auch in der Bundesrepublik steht hinter manch ernstzunehmendem ethischem Anspruch und rhetorischer Konferenzfassade das knallharte Geschäft mit Diktatoren, der Export von deutschen Waffen und deutschem Giftmüll, die Aufnahme von Fluchtkapital und Drogengeldern durch deutsche Banken, die Ausbeutung von ökologischen Reserven in der Dritten Welt durch deutsche Konzerne und die Förderung eines unwüchsigen Kapitalismus durch deutsche Manchester-Liberale - eines Kapitalismus, der oft ohne Rücksicht auf soziale, ökologische und bevölkerungspolitische Folgen agiert.

Der Norden leistet jedoch nicht nur selbst Beihilfe zu hausgemachten Ursachen von Flucht und Vertreibung im Süden und Osten. Er verschärft die Situation dadurch, daß er nachdem nach dem Ende des Kolonialismus die Bajonette stumpf geworden, wenn die auch keineswegs zerbrochen sind - über seine Dominanz im internationalen Finanzsystem und durch eine Außenpolitik des IWF die die strukturellen und materiellen Vorteile des Nordens sichert und eine Wirtschaftspolitik im Süden und Osten unterstützt, die der Armut und der Umweltzerstörung Vorschub leistet.

Es ist eine weltwirtschaftliche Fehlentwicklung, daß jährlich 50 Milliarden Dollar mehr Kapital vom Süden zum Norden als vom Norden zum Süden fließen, daß durch den Protektionismus der Industrieländer den Entwicklungsländern mehr als 50 Milliarden Dollar Erlöse entgehen, daß die westliche Konkurrenz gegenüber lokalem Gewerbe und junger Industrie vor allem in Afrika und jetzt in Osteuropa und den ehemals sowjetischen Republiken übermächtig ist und daß der Norden einen großen Teil der wissenschaftlichen und technischen Intelligenz des Südens an sich zieht. Da hilft es nicht, über die Zuwanderungsströme nur zu lamentieren und Menschen abzuschrecken, da muß endlich entschieden gehandelt werden, um Fehlentwicklungen in der Weltwirtschaft und den Industrieländern selbst nicht noch zu fördern.

Wenn die wirtschaftlichen und sozialen Ursachen der neuen Völkerwanderung eingedämmt werden sollen, ist es auch, aber nicht allein und nicht einmal in erster Linie, eine Frage zusätzlichen Geldes. Es ist allerdings unsinnig, bei uns steigende Finanzmittel in zig-Milliardenhöhe einzusetzen, um für Zuwanderer Eingliederungs-, Sozial- oder Rückkehrhilfen zu zahlen, Wohnungen zu bauen, die öffentliche Infrastruktur zu belasten und zu erweitern - statt daß diese Mittel verwendet werden, um die Ursachen der Wanderung vor Ort zu bekämpfen und damit einen vielfachen Effekt zu erzielen.

Eine Frage des Geldes ist es auch, wenn der Nettokapitaltransfer vom Süden zum Norden endlich gestoppt werden soll und dem Süden und Osten neben technischer und personeller Zusammenarbeit gezielte Finanzhilfen zur Armutsbekämpfung, zum Umweltschutz und zur Investition in eine eigenständige produktive Entwicklung gegeben werden. Die dafür notwendigen Mittel sind jedoch in der Höhe begrenzt. Sie werden mit im eigenen Interesse investiert und ersparen langfristig wesentlich höhere Kosten.

Die wichtigsten Maßnahmen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen und sozialen Ursachen der Wanderung sind jedoch nicht wirtschaftlicher und finanzieller, sondern immaterieller und struktureller Natur.

Der Norden muß seine Art zu leben und zu wirtschaften, seine Begriffe von Lebensqualität, Entwicklung und Fortschritt selbstkritisch hinterfragen und aufhören das europäische Modell als Blueprint globaler Entwicklung zu propagieren. Dies kostet keine einzige Mark.

Nur die Erschütterung des Glaubens an den absoluten Wert westlichen Lebensstils und die Relativierung der Glücksverheißung von Mark und Dollar wird auf die Dauer mehr Menschen im Süden und Osten veranlassen, sich auf den Aufbau des eigenen Landes und die eigenen Werte zu besinnen. Denn das rein materielle Gefälle zwischen armen und reichen Ländern wird auf Jahrzehnte im Prinzip nicht einzebren sein.

Und der Norden muß, neben einer Reform der Wirtschaft, eigenständige politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturanpassungen im Süden und Osten fördern, um dort eine soziale und ökologische Entwicklung zu begünstigen, die den Menschen eine wirkliche Perspektive für die menschenwürdige Zukunft wiedergibt und das Selbstvertrauen in die eigenen Kräfte und die eigene Kultur wiederherstellt.

(-/7. Mai 1992/rs/fr)

Ein Leben an der Seite der SPD **Zum 90. Geburtstag von Rudi Leeb**

Von Fritz Helne

Als ich im Juni 1925 als Volontär zum SPD-Vorstand nach Berlin kam, und meinen Schreibtisch gegenüber dem Hauptkassierer der Partei, Konrad Ludwig, einnahm, fand ich mich Seite an Seite mit Rudolf Leeb, der vor sich den Buchhalter und hinter sich den Geldschrank des Parteivorstandes hatte.

Das war meine erste Bekanntschaft mit dem Mann, der am 7. Mai seinen 90. Geburtstag in Bonn feiern kann - und mit dem mich jahrzehntelange Freundschaft verbindet.

"Rudi" Leeb - niemand, der ihn kennt, verwendet das steifere "Rudolf", ist der mit weitem Abstand älteste ehemalige Mitarbeiter des Vorstandes der SPD; sein Leben und sein Weg sind aufs engste verbunden mit den so unterschiedlichen Geschicken seiner Partei seit dem Ersten Weltkrieg.

Ende 1916, Anfang 1917 wurde er Mitarbeiter, zunächst Bote, in dem damals so winzigen Mitarbeiterkreis des Parteivorstandes in Berlin. Er avancierte bald, seine Gewissenhaftigkeit und Redlichkeit, seine schnelle Auffassungsgabe und nicht weniger auch die Berliner Gewitztheit veranlaßte Friedrich Ebert, ihn zu sich in die Parteivorstandskasse zu holen. Es gibt kaum einen prominenten Sozialdemokraten jener Zeit, den er nicht gekannt hat und keines der Probleme, die mit dem Sitz des Parteivorstandes verbunden waren, hat ihn unberührt belassen.

Als die schwierigsten Jahre der Weimarer Republik - und der SPD - begannen, die Gefahr eines Naziputsches vermutet wurde, war er Mitglied des kleinen Arbeitskreises "zbV", den jüngere Mitarbeiter des Parteivorstandes gebildet hatten: Alfred Nau, Kurt Eisner (der Sohn des ermordeten Ministerpräsidenten), Herbert Kriedemann (der spätere Bundestagsabgeordnete), Rudi Leeb und ich: Waffen wurden von Suhl nach Berlin geschmuggelt, um das Parteihaus gegen Überfälle zu schützen, eine geheime Funkzentrale auf einer Havellinsel eingerichtet, die die Parteizentrale mit den 33 Bezirkssekretariaten im Land verband - in allen "illegalen" Aktivitäten war Rudi Leeb aktiv dabei.

Und als 1933 die SPD verboten und der Parteivorstand seinen Exilsitz in Prag errichtete, war Rudi Leeb wieder einer der ersten - und der wirkte nicht nur in der Emigrationszentrale in Prag mit, er riskierte auch mehrere gefährliche Reisen nach Deutschland, um finanzielle Mittel, die noch versteckt waren, nach Prag zu schaffen, wo sie mehr als dringend benötigt wurden.

1938/39: der Exilvorstand mußte - dem Druck der Hitlerregierung auf die Prager Behörden zum Opfer gefallen - nach Paris übersiedeln. In Paris noch eine kurze, zweijährige Frist - und dann standen deutschen Armeen vor Paris, das Exilbüro der SPD wurde geschlossen, die jüngeren Mitarbeiter - unter ihnen wieder Rudi Leeb - interniert. Er hat darüber in einem Brief berichtet: "...wir wurden interniert. Die Behandlung und das Essen waren sehr schlecht. In meinem Lager gab es für 3.000 Männer eine Leitung zum Waschen, für Trinkwasser und für acht Toiletten. Geschlafen wurde im Freien und meistens ohne Stroh. Decken zum Zudecken gab es natürlich nicht... Da es sich fast ausnahmslos um jüdische und politische Flüchtlinge handelte, wurden wir alle in die französische Armee gepreßt..."

Er entkam, schlug sich nach Südfrankreich - auf abenteuerliche Weise - durch, fand seine Frau und seinen Sohn wieder, hielt sich mit ihnen monatelang versteckt und konnte dann die nicht minder gefährliche weitere Flucht nach Portugal und von dort nach den USA erfolgreich wagen.

In New York mit seiner kleinen Familie: ohne Sprachkenntnisse, ohne Geld und ohne Arbeit. Aber er biß sich durch, mit allen möglichen Tätigkeiten, vom Kofferschleppen und Reinmachen bis zur Leitung einer kleinen Schokoladenfabrik.

Dann kam, nach dem Kriegsende und der Wiedegründung der SPD durch Kurt Schumacher, das rettende Angebot, nach Deutschland zurückzukehren und wieder im Vorstand der SPD in Kasse und Buchhaltung tätig zu werden. Alfred Nau und ich waren ihm ein wenig behilflich; bald hatte er wieder seine altgewohnte Tätigkeit.

Sein Sohn blieb in den USA und machte dort - sehr erfolgreich - seinen Weg. Seine Frau Hilde starb - er heiratete wieder und fand in seiner Herta nicht nur eine gute Ehepartnerin, sondern auch eine fürsorgliche Betreuerin, die ihm in den manchmal gesundheitlich schwierigen Zeiten zur ganz besonderen Hilfe geworden ist.

Rudi Leeb: 90 Jahre: ein guter Anlaß für die Partei und für alle, die ihn kannte, seiner zu gedenken und ihm zu danken.

(-/7. Mai 1992/rs/fr)
